

Deutschland vor der Wahl SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück stellt sich den Familienunternehmern

VON CLAUDIUS HULVERSCHEIDT

Es ist 19.48 Uhr an diesem regendurchwirkten Abend in Berlin, als Peer Steinbrück den Glauben an Deutschlands Unternehmer doch noch wiederfindet. „Endlich!“, ruft er und reckt die Hände gen Himmel. „Endlich! Wenigstens einer!“

Der eine, das ist Bertram Kawlath, Chef der Feingießerei und Ventilmanufaktur Schubert & Salzer, ein höflicher, jung gebliebener Anfangsvierziger. Den theatralischen Gefühlsausbruch des SPD-Kanzlerkandidaten hat er sich verdient, denn ihn unterscheidet etwas Wichtiges von vielen anderen Unternehmern des Landes: Kawlath hat das Wahlprogramm der Sozialdemokraten gelesen, ja sogar die „Siegerthesen“, in die Steinbrück seine Ideen zur Zukunft des Mittelstands gegossen hat. Für den strachelnden Kandidaten ist er damit eine Art Exot: Ein Unternehmer, der nicht nur über die SPD redet, sondern sich auch über sie informiert.



Das Hauptstadgespräch
Süddeutsche Zeitung
und Stiftung
Familienunternehmen

Unternehmer und Politiker
diskutieren die Fragen der Zeit

Steinbrück, die Wirtschaft und die SPD – da ist einer zu viel im Bunde. Das wird auch an diesem Abend beim Hauptstadgespräch der Stiftung Familienunternehmen und der Süddeutschen Zeitung deutlich. Der Kandidat persönlich? Kompetent, sympathisch, führungsstark, sagen Kawlath und seine Mitdiskutanten Hubertine Underberg-Ruder, Norbert Basler, Werner Conrad und Hans-Heiner Honold später, als der Merkel-Herausforderer längst zum nächsten Termin geeilt ist. Aber die SPD? Es ist wie bei Steinbrücks Vorbild Helmut Schmidt, der ja für viele auch der richtige Kanzler in der falschen Partei war.

Die Reserviertheit der Wirtschaft gegenüber der Sozialdemokratie – für den Spitzenkandidaten basiert sie auf einer Kette von Missverständnissen. „Ich kann mir offenbar den Mund fresselig reden – Tatsache ist: Die Familienunternehmen werden von unseren Steuerplänen gar nicht betroffen sein.“ Auch bei der Erbschaftsteuer könne er nicht einen Vorstoß der SPD, der die Betriebe belasten würde. Und schließlich, ein wenig resignierend: „Wenn Sie mir natürlich nicht glauben, dann kann ich Ihnen so viele Argumente nennen, wie ich will – es wird mir nichts nutzen.“

Ihnen persönlich glauben wir ja gerne, so steht es in den Gesichtern der Unternehmer geschrieben, aber Sie sind nun einmal nicht allein. „Und einen Koalitionspartner brauchen Sie ja auch noch“, sagt Brun-Hagen Hennerkes, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. Wenn er sehe, was Grüne und Linke bei Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer vorhätten, dann drohe den Unternehmen unter einer rot-grünen oder gar einer rot-rot-grünen Regierung die „schleichende Enteignung“.

Es ist keine scharfe Debatte, die sich der Sozialdemokrat und die Unternehmer liefern, im Gegenteil, es wirkt manchmal so, als leide man ein wenig aneinander. Hier Steinbrück, der daran erinnert, dass Familienbetriebe unter SPD-Kanzler Schröder „nur Steuersenkungen erlebt“ hätten und darum bittet, die Bilanz der schwarz-gelben Koalition doch „mit denselben Argusaugen zu betrachten wie die rot-grüne“. Dort die Unternehmer, die Steinbrück im Einzelnen häufig beipflichten, im Großen und Ganzen aber skeptisch bleiben.

Die größten Sorgen bereiten den Managern die Pläne der SPD für die Wiedereinführung der Vermögen- und die Erhöhung der Erbschaftsteuer. Die Steuersätze, die da genannt würden, sagt Logistikunternehmer Honold, klängen ja vernachlässigbar. Tatsache aber sei: „Eine Vermögenssteuer



Drei ist einer zu viel

Deutschlands Mittelständler können dem SPD-Kanzlerkandidaten durchaus etwas abgewinnen. Steinbrücks Partei aber fürchten sie – und noch mehr seine potenziellen Koalitionspartner



Hauptstadgespräch mit Kanzlerkandidat Peer Steinbrück (oben), und den Familienunternehmern Hans-Heiner Honold, Hubertine Underberg-Ruder, Norbert Basler (Mitte von links), Bertram Kawlath und Werner Conrad (unten von links). Einzig ist sich die Runde immerhin, dass die vorhandenen Steuermittel möglichst effizient eingesetzt werden sollten.

FOTOS (5): REGINA SCHMEKEN

von nur 1,5 Prozent würde sich für eigentümergeführte Unternehmen im Handumdrehen in eine erdrückende Last verwandeln.“ High-Tech-Manager Basler warnt davor, das mühsam aufgebaute Eigenkapital des Mittelstands wieder aufzuzehren, und Kawlath hält es für grob unfair, wenn jetzt statt der Banken Industrie, Handel und Dienstleister die Haushaltssanierung bezahlen müssten: „Wir Familienunternehmer sind in der Krise nicht mit Zwölfzylindern durchs Land gefahren. Wir haben Verantwortung bewiesen und, wo immer es ging, unsere Belegschaften vor Arbeitslosigkeit geschützt.“ Das solle man den Betrieben jetzt nicht damit danken, dass man die Vermögenssteuer wieder einführt.

Steinbrück verteidigt die Pläne der SPD, lehnt aber zugleich eine Besteuerung der „betrieblichen Substanz“ ab. Ja, er deutet sogar vorsichtig an, dass er auf die Vermögenssteuer verzichten könnte, sollte das Verfassungsgericht eine Bevorzugung von betrieblichem gegenüber privaten Vermögen untersagen. Auch bei der Erbschaftsteuer steht er zur Besserstellung der Unternehmen, schließlich garantierte diese im Gegenzug den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Kawlaths Idee, die Steuer wegen der bei Familienbetrieben kaum möglichen Trennung zwischen Privat- und Firmenvermögen einfach abzuschaffen und dafür die Einkommensteuersätze leicht anzuheben, weist er allerdings brüsk zurück. „Selbstverständlich werde ich die Erbschaftsteuer nicht abschaffen“, sagt er. Es habe in den letzten Jahren eine „groteske Verzerrung der Einkommensverteilung in Deutschland“ und eine „Umwertung von unten nach oben“ gegeben. Es sei deshalb „das gute Recht des Staates, leistungslose Kapitalzufüsse zu einem Teil abzuschöpfen“.

Das gelte umso mehr, als diese Abschöpfung kein Selbstzweck sei. Der Staat brauche schlicht mehr Geld: für die Bildung, die Infrastruktur, die Stärkung der Kommunen, die Einhaltung der Schuldenbremse. Dem widersprechen die Unternehmer gar nicht – im Gegenteil: „Sie haben ja recht, Herr Steinbrück“, sagt etwa Underberg-Ruder. „Aber warum muss man deshalb automatisch die Einnahmen, sprich: die Steuern, erhöhen? Warum schaut man nicht einmal nach, ob man sich nicht die ein oder andere Ausgabe sparen kann?“

Conrad schlägt in die gleiche Kerbe: „Mangelt es der Politik vielleicht an Fantasie und Mut, auch einmal die Ausgaben zu durchforsten?“ Steinbrück verweist auf das Trommelfeuer, das auf jeden einprasselt, der Ausgaben kürzen will: „Klar will jeder Subventionen abbauen – aber dann heißt es: Bei der Forschung? Nein. Bei der Bildung? Nein. Bei der Infrastruktur? Nein. Beim Städtebau? Nein. Bei den Familien? Nein.“ Conrad findet das zu simpel: „Es gibt andere Länder, die ebenfalls über eine hervorragende Infrastruktur, ausgezeichnete Schulen und moderne Krankenhäuser verfügen, die aber mit 15 bis 16 Prozent Steuern auskommen: Hongkong ist so ein Beispiel. Warum schaut man sich nicht einmal an, was die anders machen?“

Einig ist sich die Runde immerhin, dass die vorhandenen Steuermittel möglichst effizient eingesetzt werden sollten. „Wir sind in Deutschland zu kurzatmig geworden. Wir bauen lieber billig als preiswert – mit dem Ergebnis, dass eine neue Autobahn heute nach zehn Jahren schon wieder kaputt ist“, klagt Basler – den noch eine weitere, viel größere Sorge umtreibt: „Wir haben derzeit in Deutschland die günstigsten finanzpolitischen Rahmenbedingungen, die man sich vorstellen kann: eine niedrige Arbeitslosigkeit, hohe Steuereinnahmen, ultra-niedrige Zinsen – und trotzdem kommen wir mit dem Geld nicht aus. Da kann einem schon angst und bange werden, wenn man daran denkt, was passiert, wenn sich diese Rahmenbedingungen einmal verschlechtern würden.“ Steinbrück, der als Bundesfinanzminister einst Opfer einer Entwicklung wurde, wie Basler sie beschreibt, sagt dazu nichts. Aber man darf davon ausgehen, dass ihn die gleiche Angst in einer dunklen, schlaflosen Nacht auch schon einmal überfallen hat.

DIE UNTERNEHMER . . .

. . . und der Veggie Day

Peer Steinbrück, 66, soll es richten für die SPD, die Grünen sollen ihn auf seinem Weg ins Kanzleramt unterstützen: Mit ihren Wahlkampfversprechen wird der Sozialdemokrat schon konfrontiert, bevor die Sprache überhaupt auf das Programm seiner eigenen Partei kommt. „Ich beschäftige mich nicht mit den Merkwürdigkeiten der anderen Parteien“, brummt der Kandidat da – und lässt es sich doch nicht nehmen, die Dinge aus seiner Sicht zu rechtezuerücken. Die „Merkwürdigkeiten der anderen Parteien“ – Steinbrück sortiert sie in eine Rangfolge der Absurditäten ein: Aus seiner Sicht an der Spitze steht eine „große Regionalpartei“, diejenige nämlich, der sein ehemaliger Kabinettskollege Horst Seehofer vorsitzt. „Grotesk“ nennt Steinbrück die Forderung des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Chefs nach einer Pkw-Maut nur für Ausländer. Seehofer präsentiert da „bajuwarischen Klammern“, „wohlwissend, dass das EU-rechtlich gar nicht zulässig ist“. Nach den Grundgeden der Gemeinschaft ist es EU-Mitgliedsländern verboten, ihre europäischen Nachbarn anders zu behandeln als die eigenen Bürger. Dass Seehofer die Forderung trotzdem mit solcher Vehemenz und Unverfrorenheit erhebe, so Steinbrück, das sei doch wohl noch aberwitziger als der in der Öffentlichkeit vielfach kritisierte „Veggie Day“ der Grünen.

. . . und kleine Etats und große Gesten

Es geht um die Kraft einer Idee, um Respekt auch für die Kleinen. „Nach den NPD-Wahlerfolgen in Sachsen“, so erzählt der Industrie-Mittelständler Bertram Kawlath, „habe ich meinen Lehrlingen Flugtickets gekauft, Hotelzimmer gebucht und sie vier Wochen ins Ausland geschickt. Ich habe mir gedacht: Wer einmal selbst Ausländer war, verprügelt später keinen.“ Vor allem aber habe er sich damals mit jedem Lehrling allein zum Mittagessen getroffen, habe nach Träumen und Zukunftswünschen gefragt, habe jedem Einzelnen seine Wertschätzung demonstriert: Das bewirke oft mehr als ein paar zusätzliche Euro auf der Gehaltsabrechnung, findet Kawlath. Und genau dies sei ein Beispiel für jene Fantasie, die der Bildungspolitik hierzulande leider oft fehle.

Kreativität, Phantasie, Respekt: Mag da irgendjemand die schöne Geschichte unterbrechen, den Enthusiasmus dämpfen? Ja, Peer Steinbrück mag. Das Thema Bildung ist an diesem Abend einer der Punkte, an dem die Debatte konfrontativ verläuft. Hier die Familienunternehmer, die zwar mehr Bildung wollen, aber bezweifeln, dass es mit mehr Geld allein getan ist; dort der SPD-Kanzlerkandidat, der ihnen stoisch entgegnet: Phantasie schön und gut, politisch müsse man der Bildung zuliebe jetzt aber über Geld reden – also über Steuererhöhungen.

Das Bildungsprogramm, das Steinbrücks „Kompetenzteam“ wenige Tage zuvor vorgestellt hat, sieht eine massive Erhöhung des staatlichen Bildungsetats vor. Insgesamt 20 Milliarden Euro sollen zusätzlich für Investitionen ausgegeben werden. „Bildung hat nicht nur mit Geld zu tun“, wendet der High-Tech-Unternehmer Norbert Basler ein. Das könne man ja aus eigener Anschauung: Da gebe es die eine Schule, die regelmäßig Wettbewerbe ge-

DIE TEILNEHMER

- Peer Steinbrück**
Kanzlerkandidat der SPD
- Norbert Basler**
Vorsitzender des Aufsichtsrats, Basler AG
- Werner Conrad**
Präsident, Conrad Electronic SE
- Hans-Heiner Honold**
Geschäftsführender Gesellschafter, Honold Logistik Gruppe GmbH & Co. KG
- Bertram Kawlath**
Geschäftsführender Gesellschafter, Schubert & Salzer GmbH
- Hubertine Underberg-Ruder**
Präsidentin of the Board, Underberg AG
- Brun-Hagen Hennerkes**
Vorstand, Stiftung Familienunternehmen

winne, während die andere in ihren Problemen versinke, „dabei bekommen beide das gleiche Geld vom Staat“. Geld allein schaffe keine Qualität, entscheidend sei vielmehr, wie man es einsetze: mit der Gießkanne oder mit Köpfchen.

Steinbrück lässt sich von solchen Argumenten nicht beeindrucken: „Nein, es geht auch um Geld. Ich brauche Geld für den Ausbau von Kitas. Ich brauche Geld für mehr Ganztagschulen. Schauen Sie sich die marode Bausubstanz mancher Unis an. Das alles kostet Geld.“ Der Kandidat erinnert daran, dass an deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen eine Aufstockung des Etats um zwei bis drei Prozent pro Jahr nötig sei, allein um das bisherige Niveau zu halten. „Da reden wir noch gar nicht über Ausbau und Verbesserung, die wir alle für dringend nötig halten.“

Hubertine Underberg-Ruder vom Kräuterschnaps-Hersteller Underberg versucht, den Kandidaten auf anderem Wege aus der Reserve zu locken. Sie erzählt von der Aufbruchsstimmung und dem Innovationsgeist in Osteuropa, „wie bissig und hungrig die jungen Leute dort sind“. Ein solcher Geist sei unbezahlbar. Was du tust, ist etwas wert – diese Botschaft müssten Berufsanfänger wieder vermittelt bekommen.

Da sei auch die Wirtschaft selbst in der Pflicht, springt ihr Kawlath zur Seite: „Wir

Unternehmer müssen Ausbildungsberufen wieder stärker den verdienten Respekt entgegenbringen, statt nur Akademiker zu hofieren.“ Und der Logistik-Unternehmer Hans-Heiner Honold fügt hinzu: „Nicht jeder Abiturient muss studieren. Wir brauchen auch kluge, gut ausgebildete Fachkräfte, die wir in unseren Betrieben selbst ausbilden.“ Also, schließt Underberg-Ruder, wiederum in Richtung Steinbrück: Wäre dann nicht mit Gesten schon viel gewonnen – ohne gleich neue Milliarden in die Hand zu nehmen? Steinbrücks Antwort kommt binnen Sekundenbruchteilen: „Aussichtslos! Bei der Unterfinanzierung des Bildungssystems ist es aussichtslos zu glauben, man könne es dabei belassen.“

Noch einmal richtig in Schwung kommt die Runde, als Unternehmer Norbert Basler auf die Bedeutung von Forschung und Entwicklung zu sprechen kommt. „Pathetisch ausgedrückt“, sagt er, „brauchen wir eine nationale Anstrengung zur Förderung von Forschung und Entwicklung“. Ein Wunsch, der unter seinen Kollegen in der Runde auf viel Zustimmung trifft. „Wir fallen sonst international immer weiter zurück, weil andere immer besser werden“, sagt Basler.

Es dauert eine Weile, bis Steinbrück wieder zu Wort kommt. Dann stimmt er den Unternehmern freundlich zu: „Ja.“ Pause. „Kostet Geld.“

. . . und die Banken

Wenn es stimmt, dass die fünf an diesem Abend in Berlin versammelten Unternehmer einen Querschnitt durch den Mittelstand repräsentieren (so Gastgeber Brun-Hagen Hennerkes), dann dürfte sich Peer Steinbrück überlegen, ob er rhetorisch nicht noch eine Schippe drauflegen sollte bei seiner Kritik an Spekulanten. „Monopolkapitalisten, die Metalle oder andere Rohstoffe kaufen und horten, um den Weltmarktpreis in die Höhe zu treiben“, sagt Bertram Kawlath, „müssen zerschlagen werden.“ Das ist deutlich. Steinbrück selbst nimmt das Wort „Zerschlagung“ zwar nicht in den Mund, will aber den Banken Geschäfte mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln verbieten. Allerdings werde man das mindestens europaweit durchsetzen müssen, sonst sei die Regelung kaum wirksam. Die vom SPD-Kandidaten geplante Trennung des Einlagengeschäfts vom Spekulationsgeschäft unter dem Dach einer Bank-Holding stößt in der Runde auf Sympathie, mit einer Einschränkung: „Ein Trennbankensystem darf nicht dazu führen, dass wir als Unternehmer Finanzdienstleistungen nicht mehr aus einer Hand bekommen können“, sagt Hubertine Underberg-Ruder. Ganz ohne die Großbanken gehe es für international tätige Firmen eben nicht, „auch wenn ich gerne immer eine lokale Bank beauftragen würde“.